

Gegenstand: Haushalte 2018 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung

Haushaltsrede der CDU-Fraktion – Dr. Axel Wilke:

Herr Dr. Wilke thematisiert die Ursache der Schieflage der kommunalen Haushalte, vor allem der Städte, in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund von hohen Überschüssen bei Bund, Land, Sozialversicherungsträgern und Kreisverwaltungen trotz der guten Wirtschaftslage. Wie andere Länder mit ihren Kommunen umgehen, wird am Beispiel Schulsozialarbeit in Niedersachsen dokumentiert. Die CDU fordert eine Strukturreform und kritisiert parallel dazu die schleppende Mittelfreigabe bei laufenden Projekten wie dem KI 3.0.

Ein weiterer Themenblock ist der Wohnungsbau und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. In diesem Zusammenhang **beantragt** die CDU, für das Bauprojekt am Mausbergweg den Erbpachtzins, abweichend von der bestehenden Beschlusslage, zur Attraktivitätssteigerung deutlich niedriger anzusetzen als die bisherigen 5 %, z.B. mit 2 %.

Die Sportförderung, der Schulstandort Speyer sowie die Ausstattung der Kindertagesstätten mit quartiersbezogenen Frischküchen sind weitere Themen der Haushaltsrede. Im Sektor Verkehr nimmt das Fahrradkonzept und dessen Umsetzung breiten Raum ein. Zur weiteren Belebung der Innenstadt wird ein Ende der Großbaustellen, weitere Verhandlungen mit dem Amtsgericht über die Nutzungsmöglichkeiten des dortigen Parkplatzes und eine Wiederbelebung des gastronomischen Angebots im ehemaligen Tor zur Pfalz gefordert. Dazu gehöre auch der Ausbau eines schnellen Internets und öffentliches WLAN; mit Blick auf die Breitbandanbindung der Schulen fordert die CDU vom Oberbürgermeister in 2018 die Vorlage eines Konzeptes zur Ausstattung der weiterführenden Schulen. Zudem solle die Verwaltung dem Rat ein Konzept für eine „Digitale Stadt“ vorlegen, orientiert an Beispielen umliegender Großstädte.

Der Ausbau der 4. Reinigungsstufe in der Kläranlage und die Zukunft des Friedhofes sind weitere Schwerpunkte für die CDU in der Zukunft. Sie wird den Haushaltsentwurf der Verwaltung mittragen.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion – Walter Feiniler:

Herr Feiniler schlägt den Bogen von der allgemeinen weltpolitischen Situation zu den kommunalen Finanzen, die einen umsichtigen Umgang erfordern. Wichtig sei eine Entlastung der Gemeindehaushalte von Sozillasten und eine Sicherung der kommunalen Investitionen, dabei wird vor schwarz-weiß-Malerei und einseitigen Schuldzuweisungen Richtung Bund und Land gewarnt. Schwerpunkt der SPD-Politik muss die Bereitstellung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum sein, deshalb besteht er auf einer Quote von 30 % sozial geförderten Wohnungen bei Neuausweisung von Bauland.

Umsichtige städtische Verkehrspolitik und die Notwendigkeit der Verkehrsberuhigung, z.B. in der Gilgenstraße, stehen ebenfalls auf dem Portfolio der SPD. Daneben spielen auch öffentliche Sicherheit, eine von der Stadt selbst bestimmte und gelenkte Stadtentwicklungspolitik und die konzeptionelle Neuausrichtung des Friedhofes eine wesentliche Rolle für die SPD-Politik. Hervorgehoben werden auch die Notwendigkeit von Investitionen in die Kinder- und Jugendpolitik in KiTas und Schulen, verbunden mit der Forderung eines eigenen städtischen Sonderprogramms für Schulsozialarbeit nach Ludwigshafener Muster.

Der Ruf nach einem inklusiven Tourismuskonzept, die Förderung des Ehrenamtes – vor allem auch im Sportbereich – und weiteren Anstrengungen in der Kulturpolitik sowie einem umsichtigen Umgang mit der Personalentwicklung der Stadt runden das Spektrum ab. Die „schwarze Null“ dürfe dabei nicht die Leitlinie sein. Die SPD wird dem Haushaltsentwurf und dem modifizierten Stellenplan zustimmen, Ausnahmen bilden die Teile des Haushalts, die den Flugplatz betreffen.

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Irmgard Münch-Weinmann:

Frau Münch-Weinmann setzt sich in ihrer Haushaltsrede mit den Rahmenbedingungen des städtischen Haushalts, Artenvielfalt und ökologischer Aufwertung, Personal und Politik in der Stadt sowie ökologischem Bauen und klimaverträglicher Mobilität auseinander.

Ein zwangsverwalteter Haushalt ohne freiwillige Leistungen wie die Unterstützung von Kultur, Tourismus, Spielplätzen und Sport oder Ehrenamt wäre für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Aspekt der kommunalen Selbstverwaltung nicht tragbar. Die vom Land in Aussicht gestellten Entlastungen für die Haushalte der Kommunen werden nicht ausreichen, um die bestehende Misere zu beenden. Kritik wird geübt an der städtischen Ausgabenpolitik am Beispiel der Radwegführung und an der Beteiligung des Sozialausschusses bei den Sozialausgaben. Hier **beantragt** die Fraktion, dass mindestens eine Sitzung je Quartal anberaumt wird.

Im Bereich der ökologischen Aufwertung setzen die Grünen auf Gebäudebegrünung, eine Förderung der Artenvielfalt durch standortgerechte Pflanzen und eine Reihe von Stadtgartenprojekten, wie einem Wettbewerb zur biologischen Neugestaltung von Vorgärten. Als Vision für 2030 wird die Freilegung des Speyerbaches in der Maximilianstraße skizziert. Ökologische, klimaverträgliche Bauleitplanung sowie eine Stadt- und Verkehrsplanung in begrünten Straßenräumen sind weitere Aspekte. Der ÖPNV muss attraktiver und noch umweltfreundlicher gestaltet werden.

Für den Haushalt werden Produktziele in den Bereichen Weihnachtsmarkt/Messen (Reduzierung Plastikgeschirr, gesetzeskonforme Arbeitsverhältnisse), Jugendförderung (Umweltschutzangebote, Zusammenarbeit mit Verbänden) und Personal (interkulturelle Fortbildung, Bericht im Personalausschuss) formuliert. Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt zu, lehnen aber alle Teile ab, die im Zusammenhang mit dem Flugplatz stehen.

Haushaltsrede der SWG-Fraktion – Sandra Selg:

Zunächst befasst sich Frau Selg umfassend mit dem Zahlenwerk der kommunalen Haushalte sowie der Eigenkapitalentwicklung der vergangenen Jahre sowie dem laufenden Entwurf und attestiert der Stadtspitze eine Haushaltsführung, die jährlich wiederkehrend einen Rechtsverstoß gegen das Gebot des Haushaltsausgleichs darstellt und Maßnahmen der Kommunalaufsicht rechtfertigen würde. Als Ursache dafür macht die SWG die Ausgabenpolitik der Stadt aus und nennt als Beispiele die Ausgaben für externe Berater wie bei Stadtmarketingkonzept oder der Tourismusstrategie. Im Baubereich wird die Arbeit der Verwaltung scharf kritisiert. Ebenso wird das Personalmanagement des Oberbürgermeisters in Frage gestellt.

Die SWG fordert einen strikten Verzicht auf alle Projekte und Ausgaben, zu denen keine Verpflichtung besteht. Dazu gehört auch der S-Bahn-Haltepunkt Süd oder der Adenauerpark. In der Summe wird ein Millionenbetrag gesehen, der hätte eingespart werden können. Zudem fordert die SWG eine Anwendung des Konnexitätsprinzips und eine angemessene Beteiligung des Kreises an den Kosten für Schülerinnen und Schüler, die Speyerer Einrichtungen nutzen. Dem Oberbürgermeister attestiert sie weitgehende Untätigkeit bei der Behebung der Schieflage der kommunalen Finanzausstattung.

Haushaltsrede der BGS-Fraktion – Claus Ableiter:

Herr Ableiter sieht seitens der BGS die grundlegenden Probleme ähnlich wie die SWG und spricht von einer Neigung zur Nicht-Verantwortlichkeit, zum Nicht-Anpacken von Problemen und zur Verschwendung in der Stadt. Das steigende Haushaltsdefizit der Stadt Speyer angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der öffentlichen Hand und niedriger Zinsen sowie die Finanzierung laufender Ausgaben über Schulden seien verheerend. Die konsequente Einsparung von Luxus-Ausgaben ist für eine Senkung des Haushaltsdefizits erforderlich.

Auch im Bereich Klimaschutz wurden bislang die gesetzten Ziele nur bruchstückhaft erreicht. Dies zieht sich quer durch die Bilanz der vergangenen 8 Jahre. Am Beispiel KI 3.0 zeigt sich, wie katastrophal diese Stadtverwaltung agiert hat, wenn es um Energieeinsparung geht (einfach verglaste Fenster an der BBS). Schuldzuweisungen an das Land sind fehl am Platze, wenn man als Stadt in andere, verzichtbare Projekte wie Stadtlogo, Sankt-Guido-Stifts-Platz oder Adenauerpark investiert. Kritisiert wird auch die mangelhafte Inanspruchnahme des Landkreises dafür, dass fast 50 % der Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis nach Speyer pendeln; hier müsste die Stadtpolitik erheblich mehr Widerstand leisten.

Daneben wird der Verwaltung gewerbesteuerfeindliche Haltung anhand verschiedener Beispiele attestiert, auch im Bereich des Industriefhofes zugunsten von Wohnbauinvestoren. Dies manifestiert sich auch am Erhalt des defizitären Flugplatzes, der ein riesiges Gewerbegebiet ergeben würde. Er appelliert an die Ratsmitglieder, diesem Haushalt und dem Weg der dahinter steckt, nicht zuzustimmen.

Haushaltsrede der Fraktion Die Linke – Wolfgang Förster:

Für die Links-Fraktion eröffnet Herr Förster die Haushaltsrede mit einem Resümee zur Bundes- und Landespolitik und deren Auswirkungen auf die Kommunen. Die Linke sieht die öffentliche Verwaltung im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht als überschuldet. Daneben wird die gemeinsame Plattform der Koalitionäre im Stadtrat in Frage gestellt.

Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, der Verkauf von städtischen Erbpachtflächen und die steigende Verdichtung sind weitere Themen. Wegzug wegen zu hoher Miet- und Immobilienpreise führt andererseits zu Pendlerverkehr in die Stadt, der die Wohnqualität dort verschlechtert. Ebenso wird die mangelhafte Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung zu Lasten der Dienstleistungsqualität kritisiert.

Die Linke lehnt den Haushaltsentwurf 2018 ab.

Haushaltsrede des FDP-Ratsmitgliedes Mike Oehlmann:

Herr Oehlmann weist auf die hohe Zunahme bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer hin, ohne dass sich das aber auf die finanzielle Situation der Stadt positiv ausgewirkt hätte. Er warnt davor, dass diese Einnahmefaktoren konjunkturabhängig und damit schwankungsanfällig sind. Zur Konsolidierung der Wirtschaftskraft fordert die FDP, der Wirtschaftsförderung den gleichen Stellenwert zuzubilligen wie dem Wohnungsbau.

Auf dem Bildungssektor rechnet die FDP für den regionalen Schulstandort Speyer Ausgaben in Höhe von rund 10 Mio. € vor. Dabei wird kritisiert, dass die Schulträgerkosten einseitig zu Lasten der Stadt gehen, während der Rhein-Pfalz-Kreis gleichzeitig Überschüsse schreibt, obwohl nach Rechnung der FDP ca. 600.000 € für die Schülerbeförderung aus dem Kreis von der Stadt aufgebracht werden müssen.

Kritisch setzt er sich auch mit der Zunahme der Personalkosten auseinander, ohne dass eine schlüssige Optimierung der Struktur erkennbar wäre. Die FDP fordert die Vorlage eines Konzepts zur Digitalisierung der Verwaltung unter Angabe eines Zeitrahmens, um über Bürokratieabbau Personalkosten langfristig einsparen zu können. Weiterhin wird gefordert, hinsichtlich der Liquiditätskredite vom Land eine Umwandlung in langfristige Kredite zu erwirken. Darüber hinaus wäre eine Diskussion um Gebietsreformen entbehrlich, wenn die Kommunen mehr zusammenarbeiten würden. Die FDP wird dem Haushalt nicht zustimmen.

Haushaltsrede des FWS-Ratsmitgliedes Dr. Reinhard Mohler:

Herr Dr. Mohler beklagt, wie jedes Jahr wieder, das laufend steigende Haushaltsdefizit, das er primär auf Ausgaben für nutzlose Gutachten und den Bau von Prestigeobjekten zurückführt. Als weitere Probleme machen die FWS eine zunehmende Vermüllung, eine unglaubliche Lärmbelastung, eine katastrophale bauliche Gesamtplanung und eine chaotisch-undurchdachte Verkehrsführung aus.

Der immer wieder geforderte und vom Rat inzwischen beschlossene Planungs- und Gestaltungsbeirat sei noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar und werde vermutlich von der Verwaltung ausgesessen, da nicht gewollt. Die FWS hoffen auf eine Veränderung nach den OB-Wahlen in 2018. Auch der Ordnungsdienst der Stadt sei mit 6 Personen geradezu lächerlich besetzt und nicht für eine effektive Arbeitsweise ausgestattet.

Einen großen Teil der Lärmimmissionen leitet er vom innerstädtischen Flugplatz ab. Hierzu schlägt Herr Dr. Mohler ironisch vor, die Maximilianstraße als Landebahn-Nord zur Verfügung zu stellen. Dies würde auch das Müllproblem in der Innenstadt verringern und durch Vermietung des Altpörtels als Tower Einnahmen bringen. Er habe im Lutherjahr schon erwogen, seine Thesen an das Tor des Stadthauses zu schlagen.

Die FWS lehnen den Haushalt ab, weil unausgeglichen und nicht dem Stadtwohl dienend.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion B90/Grüne) gegen die Stimmen der SWG-Fraktion, der BGS-Fraktion, die Fraktion Die Linke sowie der Ratsmitglieder von FDP und FWS:

Den von der Verwaltung vorgelegten Haushalten 2018 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung, einschließlich des modifizierten Stellenplans, des Wirtschaftsplans der EBS und des Forstwirtschaftsplans wird zugestimmt.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geben zu Protokoll, dass sie den Teilen des Haushalts, die den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen, nicht zustimmen.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.1

**Gegenstand: Haushaltsplan 2018 – Stellenplan; Wahrnehmung der ausländerbehördlichen Aufgaben bei der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende des Landes in Speyer
Vorlage: 2430/2017**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erläutert die Notwendigkeit, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird durch Frau Münch-Weinmann der Status der Stellen hinterfragt (Beamte/Tarifbeschäftigte).

Die Nachfragen von Frau Selg zur Tätigkeit, zur Finanzierung der Stellen und zur Dauer der Einrichtung werden vom Vorsitzenden beantwortet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen – BGS-Fraktion):
Der vorzeitigen Ausschreibung und Besetzung der für die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende des Landes vor Genehmigung des Stellenplans 2018 wird zugestimmt.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Terminierung - Sitzung des Ältestenrates im Januar 2018

Der Vorsitzende teilt mit, dass krankheitsbedingt verwaltungsintern keine Terminabstimmung stattfinden konnte. Die Verwaltung wird zeitnah einen Termin Ende Januar vorschlagen, bei dem es o.a. auch um die Vorabstimmung für eine Ehrung von Dr. Helmut Kohl gehen wird.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Jahresbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Speyer
Vorlage: 2429/2017

Der Jahresbericht 2017 des kürzlich verstorbenen Behindertenbeauftragten Wolfgang Brendel wird vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Gegenstand: Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt -
Projektstart Speyer-Süd
Vorlage: 2434/2017**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass die Maßnahmen des Städtebaulichen Programms der Sozialen Stadt Speyer-Süd aus dem Grobkonzept konkretisiert werden sollen und legt gemäß § 171e Absatz 3 BauGB das Projektgebiet, wie im beiliegenden Lageplan abgegrenzt, förmlich fest.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Projektumsetzung zu beginnen, insbesondere ein Integriertes Entwicklungskonzept, wie in § 171e Absatz 4 BauGB gefordert, aufzustellen, allgemeine vorbereitende Maßnahmen einzuleiten und dies mit den zuständigen Landesstellen abzustimmen.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2017 der Bürgerhospitalstiftung;
außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO
bei HHSt. 31191.0396000 – Krankenhäuser –
(Seniorenförderung – Verwaltung des Stiftungsvermögens)
Vorlage: 2432/2017

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 67.000 € bei HHSt. 31191.0396000 – Krankenhäuser – gemäß Vorlage.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: GML, Kreditvertrag zur Baumaßnahme „IGNIS“ für die
Gesellschafterversammlung; Erhöhung der Bürgschaftssumme
entsprechend der Konsortialvereinbarung
Vorlage: 2401/2017**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses stimmt der Rat der Stadt Speyer einer Erhöhung der Bürgschaftssumme in der entsprechend angepassten Konsortialvereinbarung von heute 40 Mio. € auf insgesamt 130 Mio. € einstimmig zu. Der/Die Gesellschaftervertreter/in der Stadt Speyer wird ermächtigt, einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss der GML zuzustimmen.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der GEWO Wohnen GmbH
Vorlage: 2424/2017

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter hinterfragt, ob die Gesellschafterausschüttung an die Stadt nicht kontraproduktiv für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sei.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2016 der GEWO GmbH zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt den Gesellschaftern die Annahme des Gewinnverwendungsvorschlages der Geschäftsführung.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Umbesetzungen liegen nicht vor.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 2436/2017**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern /
Verschiedenes**

Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern oder Vorschläge zu Verschiedenes
liegen nicht vor.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11.1

Gegenstand: Verkauf des Anwesens Am Sandhügel 145 in Speyer

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei Gegenstimmen: Fraktionen B90/Grüne, Die Linke, BGS – und 1 Enthaltung: Fr. Hinderberger, SPD):

Dem Verkauf des Anwesens Am Sandhügel 145 wird zugestimmt.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11.2

**Gegenstand: Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages, Flurstücks-Nr. 4355/6,
Geibstraße 1, Speyer**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages um 30 Jahre bis zum 31.03.2048 wird zugestimmt.

36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2017



36. Sitzung des Stadtrates 18.12.2017 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!